

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BSS/001(VI)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Donnerstag, 24.07.2014	Altes Rathaus Hansesaal	16:30 Uhr	18:45 Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses BSS und Belehrung eines sachkundigen Einwohners
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 17.06.2014
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Infrastrukturplanung Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Schulkindern (Horte) - 2014 bis 2019 DS0526/13
- 5.1.1 Infrastrukturplanung Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Schulkindern (Horte) - 2014 bis 2019 DS0526/13/1
- 5.1.2 Infrastrukturplanung Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Schulkindern (Horte) - 2014 bis 2019 DS0526/13/2
- 6 Informationen
- 6.1 Sportsymposium II - Zwischeninformation zum Antrag A0041/11 I0175/14
- 7 Anträge
- 7.1 Aufwertung – Naherholungsgebiet Barleber See A0077/14
- 7.1.1 Aufwertung – Naherholungsgebiet Barleber See S0171/14
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Bernd Heynemann

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Christian Hausmann

Stadtrat Günther Kräuter

Stadtrat Hans-Joachim Mewes

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Alfred Westphal

i. V. für SR Canehl

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Dr. Joachim Köhler

Sachkundiger Einwohner René Osselmann

**Geschäftsführung**

Frau Sylvia Grützner

abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Jürgen Canehl

**Verwaltung/Gäste:**

Herr Dr. Koch, Bg IV

Frau Richter, stellv. FBL'n 40

Frau Andrae, TL'n FB 40

Herr Dr. Gottschalk, Dez. V/02

Herr Liebe, Leiter VHS

Herr Hubold, Vors. Stadtelternrat

Frau Steige, Stadtelternrat

Frau Kalina-Weigelt, Stadtelternrat

Hagen Fitzlaff, Vors. Stadtschülerrat

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Heynemann, begrüßt die Stadträte, Verwaltung und Gäste zur ersten Sitzung des Ausschusses BSS in der VI. Wahlperiode des Magdeburger Stadtrates. Die Beschlussfähigkeit ist mit 7 anwesenden Ausschussmitgliedern vollständig hergestellt.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Der Ausschussvorsitzende informiert die Ausschussmitglieder über die angemeldete erweiterte Tagesordnung unter TOP 8 – Verschiedenes:

- Erläuterungen zur Erweiterung des Modellprojektes „Öffnung von Schulbezirken“  
BE: Bg IV/FB 40
- Information zur Neuwahl des VHS-Beirates  
BE: Leiter VHS
- Vorschlag zum geplanten Neubau eines Gymnasiums  
BE: Vors. des Stadtelterrates

Die Ausschussmitglieder stimmen der erweiterten Tagesordnung zu.  
Abstimmungsergebnis: **7 : 0 : 0**

### 3. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses BSS und Belehrung eines sachkundigen Einwohners

---

Der Ausschussvorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob es Vorschläge zur Besetzung der Funktion des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gibt bzw. ob sich ein Stadtrat bewerben möchte.

Stadtrat Müller und Stadtrat Hausmann bewerben sich jeweils für die Übernahme dieser Funktion.

Die Vertreter der Verwaltung, Frau Andrae und Frau Grützner, führen die geheime Wahl durch. Im Ergebnis wird festgestellt, dass auf Stadtrat Müller 2 Stimmen entfallen und auf Stadtrat Hausmann 5 Stimmen.

Damit wird Stadtrat Hausmann als stellvertretender Ausschussvorsitzender BSS bestätigt. Er nimmt die Wahl an und bedankt sich für das Vertrauen.

Stadtrat Heynemann belehrt als Ausschussvorsitzender den neu gewählten sachkundigen Einwohner für den Ausschuss BSS, Herrn René Osselmann. Dieser bestätigt mit seiner Unterschrift die erhaltene Belehrung über seine Pflichten, die er mit der ehrenamtlichen Tätigkeit in einem beratenden Ausschuss übernimmt.

### 4. Genehmigung der Niederschrift vom 17.06.2014

---

Die Niederschrift der letzten BSS-Sitzung in der vergangenen Wahlperiode am 17.06.2014 wird mit dem Abstimmungsergebnis **2 : 0 : 5** bestätigt.

## 5. Beschlussvorlagen

---

### 5.1. Infrastrukturplanung Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Schulkindern (Horte) - 2014 bis 2019 Vorlage: DS0526/13

---

Herr Dr. Gottschalk, Dez. V/02, bringt die Beschlussvorlage zur Infrastrukturplanung für Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Schulkindern (Horte) ein. Die gesetzlichen Grundlagen hierzu sind in der DS genannt. Die Hortkonzeption ist im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung der Schulen zu sehen; es wird eine infrastrukturelle Verbesserung angestrebt.

Herr Dr. Gottschalk verweist auf die Anlage 2 der DS, in der die Standorte inklusiver Tagesbetreuung mit baulicher, sächlich-räumlicher und personeller Bedingungen erfasst sind. Die aktuelle und prognostische Inanspruchnahme der Horte mit Übersicht barrierefreier Zugänge sind aus der Anlage 1 ersichtlich. Die infrastrukturelle Planung basiert auf der Schulentwicklungsplanung. Spezielle Fragen und Ausrichtung der inklusiven Betreuung sind mit den freien Trägern abgestimmt. Bisher ergingen an die Verwaltung keine Rückmeldungen, wonach Eltern nicht die gewünschte Betreuung für die Kinder erhielten. Die Abstimmungen zur Betreuung von Förderschülern in 2014/15 erfolgten zwischen Verwaltung, freien Trägern und dem Landesverwaltungsamt.

Schwierig ist die Fachkräftesituation; seitens der Verwaltung wird diese für die Zukunft besser eingeschätzt.

Herr Dr. Gottschalk verweist auf 2 Änderungsanträge des Jugendhilfeausschusses. Die DS wurde vom Jugendhilfeausschuss einstimmig beschlossen.

Stadtrat Müller spricht sich erleichtert darüber aus, dass die umfangreiche Beschlussvorlage nunmehr vorliegt. Die Rahmenbedingungen werden zzt. vom Land vorgegeben. Bezogen auf die Doppelnutzung von Unterrichtsräumen müsse dafür die Ausstattung dieser Räume entsprechend erfolgen.

Stadtrat Schindehütte stimmt den beiden Änderungsanträgen des Juhi-Ausschusses zu. Unklar ist ihm, warum die Förderschulen bei einer Schulzeit von 7.30 bis 14.30 Uhr nicht als Ganztagschulen geführt werden. Inklusion ist nicht nur bei der Hortbetreuung der Kinder mit Förderbedarf, sondern auch in der Schule umzusetzen.

Stadtrat Mewes spricht die finanzielle Belastung für die freien Träger an, besonders wenn es um Inklusion geht. Er fragt, ob die freien Träger in der Lage sind, diese Kosten zu tragen.

Herr Dr. Gottschalk geht auf die finanziellen Gegebenheiten und Planung bis 2019 ein. Auf die Kommune werden zum Teil Kosten zukommen; es ist von einem noch höheren Anstieg der entsprechenden Aufwendungen auszugehen. Ziel ist die bestmögliche Betreuung der Schulkindern und sächlich-räumliche Ausstattung. Noch kann das Kinderförderwerk die Betreuung leisten. Bei Kindern mit bestimmten Einschränkungen wünschen Eltern mitunter keine Regelbetreuung. Die fachliche Diskussion wird demnächst weitergeführt.

Die Inklusion, so der Bg IV, Herr Dr. Koch, wird auch in den nächsten Jahren Thema sein. Jedoch kann hier nicht nur die Kommune zuständig sein. Der Hort kann von der Schule nur theoretisch getrennt werden. Wenn Inklusion flächendeckend durchgesetzt werden soll, dann muss Personal aufgestockt werden, ansonsten ist diese nicht im Sinne der Kinder durchsetzbar. Wir wissen, in einer Klasse mit behinderten Kindern muss Extra-Personal vor Ort sein. Es geht hier um Wahrhaftigkeit in der Diskussion und auch um das Konnexitätsprinzip. Dieses beinhaltet auch etwaige diesbezügliche Investitionskosten.

Stadtrat Mewes weist auf das Problem der Eltern hin, wenn es um die Unterbringung der Kinder mit Förderbedarf in der Ferienzeit geht. Die Eltern haben in der Regel 3 Wochen

Urlaub, Ferienzeit ist aber länger.

Herr Dr. Gottschalk teilt hierzu mit, dass die notwendigen Regelbetreuungen für die Ferien erfasst, die freien Träger darauf eingestellt und die Einrichtungen personell abgesichert sind. Mit den Trägern wird der Stundensatz beraten und bis 2014/15 geregelt sein.

Stadtrat Kräuter gibt aus seiner Erfahrung als Lehrer zu bedenken, dass auch bei Inklusion abzusichern ist, dass die Lernergebnisse der Klasse für alle Schüler auf einem bestimmten Level gehalten werden, damit nicht einzelne Schüler auf der Strecke bleiben.

Stadtrat Westphal fragt mit Blick auf steigende Schülerzahlen nach der Berücksichtigung der Zuwächse hinsichtlich Schulneubauten.

Herr Dr. Gottschalk bejaht eine Berücksichtigung; die Übergänge wurden hochgerechnet und eingeschätzt, dass ein realistisches Bild vorliegt. Raumzuwächse wurden für den Zeitraum 2014 bis 2019 berücksichtigt.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Einbringung der Drucksache und bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag DS0526/13/1:	<b>7 : 0 : 0</b>
Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag DS0526/13/2:	<b>7 : 0 : 0</b>
Abstimmungsergebnis zur <b>DS0526/13:</b>	<b>7 : 0 : 0</b>

5.1.1. Infrastrukturplanung Einrichtungen zur Tagesbetreuung von  
Schulkindern (Horte) - 2014 bis 2019  
Vorlage: DS0526/13/1

---

s. TOP 5.1

5.1.2. Infrastrukturplanung Einrichtungen zur Tagesbetreuung von  
Schulkindern (Horte) - 2014 bis 2019  
Vorlage: DS0526/13/2

---

s. TOP 5.1

6. Informationen

---

6.1. Sportsymposium II - Zwischeninformation zum Antrag A0041/11  
Vorlage: I0175/14

---

Frau Richter, stellv. FBL'n FB 40, legt dar, dass die vorliegende I0175/14 bereits die 2. Zwischeninformation zum Antrag A0041/11 ist. Dieser gibt der Verwaltung im Rahmen der Erstellung einer wissenschaftlich fundierten Sportentwicklungsplanung auch den Auftrag zur Durchführung eines zweiten Sportsymposiums.

Auf Grund rechtlich verbindlicher Regelungen des Landes (Richtlinie zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus) hatte die Verwaltung 2010/11 mit der O.-v.-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal umfangreiche Gespräche geführt, um die ab 2012 vorgeschriebene Sportentwicklungsplanung gemäß vorgegebenen Handlungsleitfaden des Landes zu erstellen.

Die Vorstellung des Projektes erfolgte in der S0080/11 sowie im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport am 21.06.2011. Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen wird als äußerst positiv eingeschätzt.

Nachdem ein entsprechender Förderantrag in Höhe von 80.000 EUR Ende 2011 abgelehnt wurde und damit die Gesamtfinanzierung des Projektes in Höhe von 222.000 EUR nicht gesichert war, konnten die Kooperationsverträge mit den Hochschulen nicht geschlossen werden.

Nach massiven Beschwerden des Städte- und Gemeindebundes wegen der hohen Kosten für die Kommunen hat das Land seine Förderrichtlinien verändert. Nunmehr ist keine Sportentwicklungsplanung mehr erforderlich, lediglich ein Demografiecheck bei Förderungen ab 50.000 EUR. Wie in der Information dargestellt, findet Sportentwicklung in kleineren Gremien und Arbeitskreisen trotzdem statt. Beispiele sind das Regionalteam Leistungssport oder auch Veranstaltungen wie Frauensportaktionstag, Down-Sport in Magdeburg oder das derzeit laufende Ferienprojekt mit 125 Kindern, die sich eine Woche in 10 Sportarten ausprobieren können.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei den verantwortlichen Mitarbeitern des FB 40 für die ausgezeichnete Organisation und Durchführung des Feriencamps.

Der Bg IV, Herr Dr. Koch, hebt die Unterstützung des Stadtsportbundes und der AQB bei der Gestaltung des Ferienprogramms hervor. Er führt an, dass die Stadt MD bei der Umsetzung der Sportstättenentwicklungsplanung eine beachtliche Summe hätte zur Verfügung stellen müssen. Magdeburg, so Dr. Koch weiter, besitzt eine ausgezeichnete, herausragende Sportlandschaft und Sportinfrastruktur. MD kann sich durchaus mit größeren Städten messen, daran hat der Stadtrat einen erheblichen Anteil. Viele sportliche Veranstaltungen sind über die Ländergrenzen hinaus beachtet und anerkannt, wie z. B. das Down-Festival, was in dieser Form nur noch in Frankfurt/Main stattfindet. Aktuell liegt der Stadt eine Anfrage von Berlins Innensenator vor, die die Ausrichtung eines olympischen Fußballturniers in der MDCC-Arena betrifft, vorausgesetzt, Berlin entscheidet sich für die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2024. Der OB hat diese Anfrage bereits positiv beantwortet.

Dr. Koch unterstreicht hinsichtlich der Durchführung von sportlichen Veranstaltungen wie insgesamt die gute Arbeit des FB Schule und Sport, unabhängig von der Umsetzung einer Sportstättenentwicklungsplanung.

Stadtrat Schindehütte legt dar, dass die Sportlandschaft der Stadt auch aus der Sicht des Schulsportes betrachtet werden sollte. Er spricht sich ebenfalls anerkennend über die Organisation des Down-Festivals aus. Viele Veranstaltungen werden auch durch die Unterstützung von Sponsoren möglich, z. B. durch die Stadtparkasse.

Stadtrat Mewes schließt sich den Worten von Dr. Koch an. Nach seiner Meinung sollte verhindert werden, dass sich kleinere Sportgruppen von großen Sportvereinen abspalten. Hierzu informiert Frau Richter kurz über Beiträge, Kosten und Zuschüsse für die Vereine und Sportler.

Die Stadträte Westphal, Hausmann, Heynemann und der sachk. Einwohner, Herr Dr. Köhler, sprechen sich anerkennend über die Sportentwicklung in der Stadt insgesamt aus.

Die Verwaltung wird noch in diesem Jahr einen Sportstättenkatalog vorlegen und über das Nutzungskonzept der Bäder berichten.

Die Information I0175/14 wird **zur Kenntnis** genommen.

## 7. Anträge

---

### 7.1. Aufwertung – Naherholungsgebiet Barleber See Vorlage: A0077/14

---

Frau Richter geht auf den Interfraktionellen Antrag zur Aufwertung des Naherholungsgebietes Barleber See ein. Die Verwaltung wird zeitnah ein Konzept vorlegen. 2013 ist ein Instandhaltungsrückstau entstanden. Nachdem Ende des vergangenen Jahres durch den Stadtrat die Weiterbetrieung des Strandbades Barleber See beschlossen wurde, sind erste

Maßnahmen zur Aufwertung des Objektes in Angriff genommen worden. Zurzeit werden Bolzplatz und Beach-Volleyballanlagen erneuert. Am Parkplatz wurde eine neue Schrankenanlage installiert. Im nördlichen Bereich soll noch der Rettungsweg saniert und eine Böschung neu bepflanzt werden.

Zur besseren räumlichen Vorstellung erläutert Frau Richter an Hand einer Präsentation die erfolgten und geplanten Maßnahmen. Die wilde Badestelle am nördlichen Ufer (vor dem Segler-Verein MD und dem USC) wurde von der Stadt aus Sicherheitsgründen mit einem Zaun zum Wasser abgegrenzt. Die Erneuerung der Uferböschung ist eine Auflage des Umweltamtes. Über die Anlegung des Rettungsweges bis zur Kasse 3 wird mit der angrenzenden Bungalow-siedlung noch verhandelt.

Stadtrat Müller ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden. Er erkundigt sich nach der genannten zusätzlichen Mittelanmeldung für die Haushaltsplanung 2015.

Frau Richter erklärt, dass diese Mittel zusätzlich zum eigentlichen Haushalt beantragt wurden.

Stadtrat Westphal fragt nach dem Mieter der eingezäunten Fläche und nach Badezugängen für die Bungalowbesitzer. Frau Richter erläutert die jeweilig aufgezeigten Flächen der Stadt, des Bundesvermögensamtes, der Bungalowsiedlung bzw. Nutzungsflächen der beiden Vereine. Der Bg IV, Herr Dr. Koch, weist ergänzend auf die Verantwortung und Haftungspflicht der Stadt hin, nicht zuletzt gehe es auch um das Gleichheitsprinzip.

Abstimmungsergebnis zum Antrag A0077/14: **7 : 0 : 0**

#### 7.1.1. Aufwertung – Naherholungsgebiet Barleber See Vorlage: S0171/14

---

Die Stellungnahme der Verwaltung S0171/14 wird **zur Kenntnis** genommen.

#### 8. Verschiedenes

---

- Erweiterung des Modellprojektes „Öffnung von Schulbezirken“:

Der Bg IV, Dr. Koch bezieht sich auf den Antrag des Ausschusses BSS zur Erweiterung des Modellprojektes, hierzu bereitet die Verwaltung eine Beschlussvorlage vor. Bevor die DS in den Ausschüssen und im Stadtrat vorgelegt wird, hat der FB 40 Erläuterungen zu den einzelnen Grundschulstandorten und jeweiligen Einzugsbereichen an Hand einer Übersicht zusammengestellt. Bei der Clusterbildung wurde die Aufnahmekapazität, die voraussichtliche Anzahl der Einschüler und der Bedarf an Plätzen untersucht.

Für das Schuljahr 2014/15 werden keine Probleme erwartet. Auch für 2015/16 zeichnet sich ab, dass auch dann noch keine Überschreitung der Kapazitäten erfolgen wird. Danach kann es für etwa 10 Jahre problematisch werden. Anschließend, so die Prognose, wird es wieder zu einer Entspannung kommen. Es war gut, dass der Beschluss zum Modellprojekt getroffen wurde.

Herr Dr. Koch stellt die künftig vorgesehenen 12 Schulbezirke und die Bewertung der Verwaltung vor; Cluster müssten ab Schuljahr 2016/17 gebildet werden. Die genannten Einzugsbereichsgrenzen sind eine Grobdarstellung. Sollte es zu Losverfahren kommen, so müsste in Einzelfällen die bestehende Härtefallkommission wie in der Vergangenheit entscheiden.

Nach Auskunft von Frau Andrae, FB 40, müssen die Einschüler 2016 bis zum 01.03.2015 angemeldet sein.

Dr. Koch schlägt eine nochmalige Diskussion in der nächsten BSS-Sitzung vor. Der Stadtrat müsste dann noch Ende 2014 über die formelle Drucksache befinden.

Stadtrat Kräuter bittet auf der Seite 6 (Cluster 11) für die GS Am Pechauer Platz neben Randau-Calenberge auch Pechau zu benennen. Die Verwaltung wird die Ergänzung vornehmen.

Stadtrat Westphal verweist auf das Ziel der Öffnung der Schulbezirke und einen qualitativen Schulwettbewerb.

Dr. Koch sieht hier auch eine Aufgabe der Schulleitungen und Schulkonferenzen.

Für Stadtrat Schindehütte ist ein Losverfahren, z. B. im Bereich Ottersleben, keine Lösung. Für Rothensee stimmt er der Einbeziehung in ein Cluster zu.

Die Vorschläge zur Cluster-Bildung, so Dr. Koch, sind Diskussionsgrundlage für die Drucksache und es muss ein Ergebnis vorliegen, das die klare Tendenz aufweist. Um Härtefälle möglichst zu vermeiden, werden Plätze geblockt. Über begründete Anträge in Schulen anderer Cluster entscheidet das Landesverwaltungsamt.

Frau Andrae merkt an, dass den meisten Anträgen bisher entsprochen wurde. Die Frage der Übertragung dieser Aufgabe auf die Schulträger hat das Land abgelehnt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage der Verwaltung **zur Kenntnis**.

- Neuwahl VHS-Beirat:

Der Leiter der Volkshochschule, Herr Liebe, informiert den Ausschuss über die notwendige Neuwahl des VHS-Beirates mit Beginn der VI. Wahlperiode des Stadtrates. Er gibt den Inhalt der Satzung zur Kenntnis. Für den VHS-Beirat sind 10 Mitglieder neu zu wählen, bisher waren die BSS-Mitglieder gleichzeitig die VHS-Beiratsmitglieder, plus 3 Vertreter der VHS.

In der Sept.-Sitzung des Ausschusses wären die Vorschläge für den Beirat zu bestätigen.

Das VHS-Programm für das Frühjahrssemester muss im November beschlossen werden.

Die Stadträte einigen sich darauf, in ihren Fraktionen die Neuwahl des VHS-Beirates zu beraten und in der nächsten Sitzung die Vertreter zu benennen.

- Neubau Gymnasium:

Der Vorsitzende des Stadtelternrates, Herr Hubold, übermittelt den Stadträten die Sorge der Eltern, dass mit Schuljahresbeginn nicht feststehen könnte, an welchen Gymnasiumstandort ihre Kinder gehen werden. Seitens des Stadtelternrates wird für das neue Gymnasium ein Standort im Stadtzentrum vorgeschlagen.

Aus dem Stadtelternrat gibt es weiterhin den Vorschlag, neben dem Albert-Einstein-Gymnasium ein funktionales Gebäude als Erweiterung zu errichten.

Dr. Koch hält aus seiner Sicht diesen Vorschlag für ungünstig, da zu große Schulen kein angemessenes Schulklima haben und das schulisch-pädagogische Element zu kurz kommen könnte. Stadtrat Westphal regt die Prüfung des Vorschlages vom Stadtelternrat an.

Der Ausschussvorsitzende bittet darum, den Vorschlag an die Verwaltung entsprechend zu formulieren.

Zur Sanierung der FÖSK Fermersleber Weg sollte eine Aufstockung von STARK III-Mitteln beantragt werden, so Herr Hubold. Der Stadtelternrat ist dafür, diese Schule in Landsträgerschaft zu führen. Eine Entscheidung hierzu müsste zeitnah erfolgen, da zzt. wieder mehr Schüler, auch aus Landkreisen, zur Beschulung in MD angemeldet sind.

Herr Dr. Koch teilt mit, dass das Land deutlich gemacht habe, externe Schüler gegen den Willen der Stadt an die FÖSK zuzuweisen; aktuell wurden 3 Schüler zugewiesen. Die Stadt wird formell gegen diese Entscheidung vorgehen. Die Verwaltung hat sich massiv gegen die Zuweisungen durch das Land ausgesprochen und vorgeschlagen, die Schule Fermersleber Weg in Landsträgerschaft zu geben. Dieser Schulstandort wird für den Bedarf der Landeshauptstadt saniert und ist prioritär von STARK III eingestuft. Der Hinweis des Vors. des

Stadtelternrates zur Übernahme der Schule durch das Land bestehe völlig zu Recht. Die Verwaltung will im Sinne der Schüler eine baldige Entscheidung herbeiführen. Das Land stehe in der Pflicht, die Landkreise anzufragen, ob einer Beteiligung an Investitionen und Betriebskosten zugestimmt werde.

Die Stadt habe bisher in dieser Angelegenheit mehr getan als sie tun musste.

Stadtrat Westphal bittet hinsichtlich der STARK III-Mittel um Information an den Finanzausschuss.

Der Vors. des Stadtschülerrates, Hagen Fitzlaff, fragt nach einer Unterstützung für die IGS „W. Brandt“, an der die Plätze knapp sind im Gegensatz zur IGS „R. Hildebrandt“.

Herr Dr. Koch merkt an, dass die IGS „W. Brandt“ für 5 bis 6 Mio. EUR saniert wurde und der Rechtsanspruch umgesetzt werden muss. Er weist auf die Bildung der Gemeinschaftsschulen hin, die ein ähnliches Profil wie die IGS haben. Die Entwicklung der Gemeinschaftsschulen müsse weiter beobachtet werden.

- Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die erste Sitzung nach der Sommerpause gemäß Plan am 16. Sept. stattfindet, ein Thema ist die Behandlung des Haushaltsplanes 2015.  
Die Stadträte einigen sich darauf, im laufenden Jahr eine Sitzung in einer Einrichtung durchzuführen, evtl. in der Grundschule Westerhüsen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Bernd Heynemann  
Vorsitzender

gez. Sylvia Grützner  
Schriftführerin